

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.10.2023

Inhalt

EWN

1 Deutsche Regas chartert Spezialschiff <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 21.10.2023</i>	3
2 Schwesig übernimmt Spitzenamt <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 21.10.2023</i>	4
3 Gas durch Nord Stream 2? Bundesregierung erteilt Wagenknecht eine Absage <i>Berliner-Zeitung.de, 20.10.2023</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 21.10.2023 | S. 1

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

Deutsche Regas chartert Spezi schiff

Die Deutsche Regas geht fest davon aus, dass noch in diesem Winter über den Hafen Mukran auf Rügen Erdgas nach Deutschland geliefert wird. Wie das Unternehmen, das bereits im vorpommerschen Lubmin ein Terminal für Flüssigerdgas (LNG) betreibt, mitteilte, wurde dafür das Schiff „Transgas Power“ gechartert. „Noch im Winter 2023/24 wird das Spezi schiff am dafür vorgesehenen Liegeplatz 12 im Industrieha-

fen Mukran festmachen“, heißt es in der Mitteilung. Dort werde es eingesetzt, um mit Tankern angeliefertes verflüssigtes Erdgas wieder in Gas umzuwandeln und in das Verteilnetz einzuspeisen.

Gegen das Projekt gibt es auf Rügen heftige Widerstände. Insbesondere die strukturbestimmende Tourismuswirtschaft befürchtet negative Auswirkungen auf die Natur und ihre Branche selbst.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 21.10.2023 | S. 18

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

👤 Thomas Kaufner

Schwesig übernimmt Spitzenamt

Gleich zu Beginn der Bundesratszeit beschäftigt sie wie die gesamte deutsche Politik ein Thema ganz besonders.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ist zur neuen Präsidentin des Bundesrats gewählt worden. Damit gehört die 49 Jahre alte Sozialdemokratin ab dem 1. November für ein Jahr zu den wichtigsten Repräsentanten der Bundesrepublik. Ihr Motto für das Amt lautet „Vereint Segel setzen“. „Wir leben heute ganz selbstverständlich in einem vereinten Deutschland. Und wir stehen gemeinsam vor der Aufgabe, die Segel für die Zukunft richtig zu setzen“, betonte sie vor ihrer Wahl. Schwesig sieht die Präsidentschaft auch als große Chance, in Deutschland und im Ausland für Mecklenburg-Vorpommern als attraktives Bundesland zu werben.

Die Länderkammer wählte Schwesig am Freitag in Berlin traditionell einstimmig zur Nachfolgerin von Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD). Die Wahl folgt einer festgelegten Reihenfolge, die von der Einwohnerzahl der Länder bestimmt wird. Im kommenden Jahr ist demnach das Saarland an der Reihe. Der Bundesratspräsident oder die Bundesratspräsidentin gilt in der inoffiziellen protokollarischen Rangfolge - hinter dem Bundespräsidenten, der Bundestagspräsidentin und dem Bundeskanzler - als vierthöchster Repräsentant des Staates und vertritt dem Grundgesetz zufolge den Bundespräsidenten. Unmittelbar vor ihrer Wahl versicherte Schwesig Israel sowie den jüdischen Menschen die Solidarität Deutschlands. „Wir alle verurteilen den brutalen und menschenverachtenden Angriff auf Israel aufs Schärfste“, sagte sie. „Israel und seinen Bürgerinnen und Bürgern gilt unsere Solidarität. Niemand darf das Existenzrecht Israels infrage stellen.“

Die Länderkammer verabschiedete einstimmig eine von allen Bundesländern eingebrachte Entschlie-ßung, in der die Anschläge als „Akt der Barbarei und des Terrors“ verurteilt werden. „Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson“, heißt es darin. Schon 2008 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel

(CDU) die Sicherheit Israels in einer Rede vor dem israelischen Parlament, der Knesset, zur Staatsräson erklärt. Merkels Nachfolger Olaf Scholz (SPD) hatte dies vor wenigen Tagen bei einem Besuch in Tel Aviv bekräftigt. Die Bundesländer verurteilen in der Entschlie-ßung auch das Bejubeln und Propagieren von Hamas-Terror auf deutschen Straßen und Schulhöfen als nicht hinnehmbar. „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben in Deutschland keinen Platz.“ Schwesig berichtete von ihrem Besuch in der Schweriner Synagoge in der vergangenen Woche. Es sei eine große Bereicherung, jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern zu haben. „Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für das jüdische Leben in Deutschland. Wir müssen alles dafür tun, dass Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland sicher und ohne Angst leben können“, sagte sie. „Es ist wichtig, dass das Demokratiefördergesetz des Bundes jetzt auf den Weg gebracht wird, um die Antisemitismus-Prävention auf sichere gesetzliche und finanzielle Fü-ße zu stellen“.

Tschentscher betonte zum Ende seiner Bundesrats-präsidentschaft die Freundschaft mit Israel. „Aus diesem Grund war es mir wichtig, als Präsident des Bundesrates im 75. Gründungsjahr des Staates Israel nach Tel Aviv und Jerusalem zu reisen, die Gedenkstätte Yad Vashem zu besuchen und mit Menschen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über die deutsch-israelischen Beziehungen und gemeinsame Zukunftsprojekte zu sprechen“, sagte Tschentscher. Die deutsche Delegation habe während des Besuchs die großen Sorgen erlebt, die mit den Konflikten und Spannungen in der Nahostregion verbunden seien. „Der terroristische Angriff der Hamas auf das israelische Volk vor zwei Wochen hat gezeigt, wie berechtigt diese Sorgen waren“, sagte Tschentscher. Er amtiert turnusgemäß bis Ende Oktober als Präsident des Bundesrates.



 Berliner-Zeitung.de | 20.10.2023

 Ole Rockrohr

 WEBLINK

Gas durch Nord Stream 2? Bundesregierung erteilt Wagenknecht eine Absage

Russland ist seit längerem bereit, Gas durch den intakten Strang von Nord Stream 2 nach Deutschland zu liefern. Laut Bundesregierung ist das aber nicht möglich.

Der Gashahn bleibt zu: Laut Medienberichten hat der russische Präsident Wladimir Putin zwar angeboten, Deutschland durch die verbliebene intakte Leitung der Pipeline Nord Stream 2 mit Erdgas zu versorgen. Die Bundesregierung will davon jedoch nichts wissen.

Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der Linke-Abgeordneten Sahra Wagenknecht an die Bundesregierung hervor, die der Berliner Zeitung exklusiv vorliegt. Wagenknecht fragte die Regierung auch, warum sie die Lieferung durch Nord Stream 2 ablehne, obwohl die russischen LNG-Importe in die EU insgesamt gestiegen seien, andere EU-Länder weiter Erdgas aus Russland importierten und Deutschland selbst über Drittstaaten ebenfalls an russisches Gas gelange.

Stellvertretend für die Bundesregierung beantwortete das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grünen) die Anfrage von Wagenknecht. Die Antwort des Ministeriums fiel jedoch knapp aus: „Da die Nord-Stream-2-Pipeline die für ihren Betrieb notwendige Zertifizierung nicht erhalten hat, wird sie auch weiterhin nicht in Betrieb gehen können.“

Bundesregierung: Gas-Versorgung ist sicher

Das Wirtschaftsministerium verwies außerdem darauf, dass Russland „bereits vor der Zerstörung der Nord-Stream-1-Pipeline“ diese gedrosselt und die bestehenden „Alternativen wie das ukrainische Gastransportsystem und die Jamal-Pipeline über Polen nicht für den Gastransport nach Deutschland bzw. Europa“ genutzt habe. Ferner heißt es, die Regierung unternehme „alle notwendigen Schritte, um die Versorgung der Verbraucher auch ohne russisches Pipeline-Gas langfristig sicherzustellen“.

Sahra Wagenknecht stellt das nicht zufrieden:

„Deutschland bezieht über Belgien LNG-Gas aus Russland und russisches Öl aus Indien, preiswerte Pipeline-Energie direkt aus Russland ist dagegen tabu. Diese teure Doppelmoral der Ampel bezahlen Bürger und Unternehmen tagtäglich mit ihren Rechnungen. Die Antwort des Habeck-Ministeriums auf meine Anfrage ist inakzeptabel.“

Wegen hoher Energiepreis drohe Deutschland eine Deindustrialisierung, sagt Wagenknecht der Berliner Zeitung. Es braucht wieder „billige Energie“, doch kurzfristig gebe es diese nicht ohne Russland. „Ganz abgesehen von der Frage, warum der Hamas-Finanzier Katar oder der Aggressor Aserbaidschan sympathischere Lieferanten sein sollten. Lassen wir die klimaschädlichen Umwege weg und verhandeln wir über die Wiederaufnahme direkter Lieferungen.“

Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Michael Kruse, widerspricht dem vehement. „Putin hat den Gashahn zu einem Zeitpunkt zugekehrt, als Nord Stream 1 problemlos Gas liefern konnte. Er war es, der die europäischen Gas- und Strompreise hat explodieren lassen“, sagt Kruse der Berliner Zeitung. „Mit einem solchen Despoten kann Deutschland keine Ressourcenlieferung vereinbaren, denn verlässlich ist nur, dass er Deutschland und Europa maximal schaden möchte.“

Bei den durch die Ostsee verlaufenden Gas-Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 wurden am 26. September 2022 drei der vier Pipeline-Stränge durch Explosionen zerstört. Der letzte verbliebende Pipeline-Strang, der noch intakt ist, gehört zur noch nicht in Betrieb genommenen Pipeline Nord Stream 2. Wer für die Sprengung der Pipeline verantwortlich ist, ist noch nicht abschließend geklärt.